

jeux de poker et de la nécessité de légiférer en la matière. Dans ce sens, quel que soit le stade et l'avancement des travaux de législation d'application de l'arrêté fédéral concernant la réglementation des jeux d'argent en faveur de l'utilité publique, qui sera soumis au peuple le 11 mars 2012, l'acceptation de la motion par notre Parlement permettra au Conseil fédéral de connaître par anticipation la volonté du législateur, ce qui simplifiera d'autant ses travaux. C'est la raison pour laquelle la commission vous propose d'accepter la motion 12.3001.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Ihre offenbar spielfreudige Kommission für Rechtsfragen möchte Pokerturniere unter klaren Auflagen zulassen. Sie möchte eine Gesetzesgrundlage schaffen, die es ermöglicht, dass Pokerspiele in Zukunft auch ausserhalb der konzessionierten Spielbanken möglich sind, allerdings nur, wenn sie mit kleinem Einsatz und Gewinn organisiert werden.

Die politische Diskussion zur Liberalisierung der Pokerturniere wurde ja durch einen Entscheid des Bundesgerichtes im Jahr 2010 ausgelöst. Das Bundesgericht hat damals entschieden, dass solche Turniere eben Glücksspiele seien und nicht Geschicklichkeitsspiele darstellen würden und somit nur innerhalb von Spielbanken organisiert und angeboten werden dürften. Allerdings – und ich möchte das doch wieder einmal in aller Deutlichkeit sagen – wird das gelegentliche Spiel im Familien- und Freundeskreis schon heute nicht strafrechtlich verfolgt. Damit das klar sei: Das ist also auch mit dem Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2010 nach wie vor möglich.

Wenn es um die Liberalisierung von Geldspielen ging, hat sich der Bundesrat bisher aber tatsächlich immer zurückhaltend gezeigt. Es war ihm wichtig, dass wir nicht nur die Frage der Glücksspiele anschauen, sondern eben auch immer die soziale Problematik, die damit verbunden ist, mitberücksichtigen, auch die Frage der Kontrollierbarkeit. Deshalb war es dem Bundesrat auch immer wichtig, im Bereich der Geldspiele ein klares System zu haben und dieses nicht mit Einzelfallausnahmen zu durchlöchern.

Es dürfte sich – und das ist erwähnt worden, auch von den Kommissionssprechern – ja schon nächstens die Gelegenheit ergeben, den Bereich der Geldspiele gesamtheitlich zu überarbeiten. Sie wissen, dass wir am 11. März 2012 über den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls», die ja zurückgezogen worden ist, abstimmen werden. Wird diese Verfassungsänderung angenommen, werden wir die gesetzlichen Regelungen im Geldspielbereich – also das Lotteriegesetz, das Spielbankengesetz – dann auch zum Teil neu konzipieren.

Auch das wurde erwähnt: Der Bundesrat hat bereits mit den Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzungsgesetzgebung begonnen. Das war übrigens ein Anliegen des Initiativkomitees, das ja die Initiative zurückgezogen hat. Es wollte damit erreichen, dass es nach der Abstimmung schnell vorwärtsgeht, und deshalb hat man diese Vorbereitungsarbeiten bereits begonnen. Ich kann Ihnen versichern, dass diese Studienkommission sehr breit zusammengesetzt ist und dass dort keinesfalls nur einseitig irgendwelche Interessenvertreter bevorzugt worden wären. Im Rahmen der Revisionsarbeiten werden dann eben alle Belange der Geldspiele geprüft und selbstverständlich auch die Frage der Pokerspiele. Ich habe jetzt von den Kommissionssprechern doch immerhin gehört, dass auch sie für eine differenzierte Regelung dieser Pokerspiele sind, dass ihnen auch die Kontrollierbarkeit wichtig ist und dass sie sich der Problematik der Spielsucht ebenfalls bewusst sind. Die Kommissionssmotion ist ja auch entsprechend differenziert und zurückhaltend formuliert. Wir haben also jetzt eher eine Differenz in der Frage des Vorgehens. Soll der Nationalrat schon heute entscheiden, dass diese rechtliche Grundlage geschaffen werden muss, oder haben Sie das Vertrauen in den Bundesrat und in die entsprechende Studienkommission, die bereits an der Arbeit ist, dass sie diese Frage dann im Rahmen der Umsetzungsgesetzgebung ohnehin auch anschauen? Der Bundesrat ist der Meinung, dass zuerst die Ergebnisse der Ar-

beiten des Gesetzgebungsprojekts abgewartet werden sollten, bevor Sie sich heute schon für ein konkretes Lösungsmodell entscheiden. Selbstverständlich kennen wir die Stimmung im Parlament.

Das sind die Gründe, weshalb ich Sie im Namen des Bundesrates bitte, dem Bundesrat zu folgen und die Motion heute abzulehnen.

Grin Jean-Pierre (V, VD): L'organisation autorisée de ces tournois de poker favoriserait la transparence des gains des joueurs sans que l'addiction au jeu soit incitée puisque les mises sont minimales. La motion de la commission donne un signe qui va dans ce sens. Vous parlez de libérer les jeux d'argent, mais cette motion prévoit plutôt de les réglementer, donc je pense qu'elle va dans le bon sens.

Sommaruga Simonetta, conseillère fédérale: Monsieur Grin, je vous remercie d'avoir posé cette question. Je précise quand même que les tournois de poker sont aussi réglementés aujourd'hui, apparemment pas dans le sens demandé par la commission. Le Conseil fédéral souhaite attendre le résultat de la votation populaire du 11 mars 2012 sur le nouvel article constitutionnel pour revoir tous les jeux dans leur ensemble. Je l'ai dit, on n'a pas vraiment en ce moment une différence matérielle, mais on se pose plutôt la question de savoir comment procéder. Alors, le Conseil fédéral est d'avis de considérer d'abord le tout avant de prendre aujourd'hui une première décision.

Je vous l'ai dit, le Conseil fédéral a compris que, apparemment, le Parlement veut une réglementation plus ouverte en ce qui concerne les tournois de poker. On a compris ce message, même si vous rejetez aujourd'hui la motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 12.3001/6890)

Für Annahme der Motion ... 165 Stimmen

Dagegen ... 2 Stimmen

12.3006

Postulat SiK-NR. Bekämpfung von Waffenmissbrauch Postulat CPS-CN. Lutter contre l'utilisation abusives des armes

Einreichungsdatum 24.01.12

Date de dépôt 24.01.12

Nationalrat/Conseil national 28.02.12

12.3007

Motion SiK-NR. Zugang der Armee zu Informationen zu hängigen Strafverfahren Motion CPS-CN. Garantir à l'armée un accès aux informations qui concernent les procédures pénales en cours

Einreichungsdatum 24.01.12

Date de dépôt 24.01.12

Nationalrat/Conseil national 28.02.12

12.3007

*Antrag der Mehrheit
Annahme der Motion*

Antrag der Minderheit

(Müller Walter, Bortoluzzi, Eichenberger, Fehr Hans, Fischer Roland, Flach, Geissbühler, Hiltbold, Hurter Thomas, Malama)

Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité

Adopter la motion

Proposition de la minorité

(Müller Walter, Bortoluzzi, Eichenberger, Fehr Hans, Fischer Roland, Flach, Geissbühler, Hiltbold, Hurter Thomas, Malama)

Rejeter la motion

Graf-Litscher Edith (S, TG), für die Kommission: Jeder Missbrauch einer Waffe ist einer zu viel, egal ob es sich um eine Ordonnanzwaffe oder um eine Waffe aus dem privaten Bereich handelt. Seit 2010 hat das VBS eine Reihe von Massnahmen ergriffen, um das Missbrauchsrisiko in Zusammenhang mit Ordonnanzwaffen zu minimieren.

Wie die SiK-NR feststellte, erhält die Armee in verschiedenen Fällen die für sie relevanten Informationen erst dann, wenn das zivile Verfahren abgeschlossen ist. Die Zuständigkeiten beim Einzug einer Waffe sind nicht klar geregelt oder führen zu Missverständnissen. Dazu zwei Beispiele:

1. Am 24. Mai 2011 wurde in Schaffhausen im Emmental ein Polizist im dienstlichen Einsatz durch Schüsse aus einer Armeeewaffe getötet. Der Täter war vor der Tat als gefährlich taxiert und aus der Armee entlassen worden. Die Abrüstung war zum Zeitpunkt des Angriffs auf den Polizisten nicht oder noch nicht erfolgt. Bei diesem tragischen Vorfall wurde eine Unklarheit zwischen Kanton, Kreiskommando und Militär festgestellt.

2. Im Kanton Wallis erschoss ein junger Mann seine Freundin. Bereits bei der Rekrutierung lag ein ziviler Vorfall vor, der ein Strafverfahren ausgelöst hatte. Aus diesem Grund empfahl der Psychiater, den Mann nicht in den Militärdienst aufzunehmen. Die militärische Untersuchungskommission, bestehend aus drei Ärzten, wollte dem jungen Mann jedoch eine Chance geben und ihn in die Armee aufnehmen. Die Armee hatte leider keine Kenntnisse über das laufende Strafverfahren.

An ihrer Sitzung vom 14. November 2011 verzichtete die SiK-NR mit 11 zu 11 Stimmen mit Stichtentscheid des Kommissionspräsidenten darauf, sofortige Massnahmen zu verlangen, weil sie zuerst die Kantonsvertreter und den Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten anhören wollte. Diese Anhörungen fanden am 23. Januar dieses Jahres statt.

Die Kommission kam nach den Anhörungen zum Schluss, dass der Informationsfluss zwischen den Strafverfolgungsbehörden und der Armee in einigen Bereichen funktioniert. In anderen Bereichen besteht jedoch Verbesserungspotenzial. Dabei geht es um drei zentrale Fragen:

1. Wird die Waffe bei einem Gefährdungspotenzial eingezogen oder nicht?

2. Wer hat diese Entscheidungskompetenz?

3. Wer führt in welchem Zeitraum den Vollzug durch?

Dabei gilt es eine gewichtige Tatsache zu beachten: Eine Gesetzgebung, die sich ausschliesslich auf Armeeewaffen konzentriert, schliesst nur 10 Prozent der Waffen ein, welche in der Schweiz im Umlauf sind. Deshalb haben beim Missbrauch von Schusswaffen die Regelung der Verantwortlichkeiten und die Koordination zwischen den zivilen Behörden und der Armee einen hohen Stellenwert.

Zur Bekämpfung von Waffenmissbrauch und zum Schutz von potenziellen Opfern hat die Sicherheitspolitische Kommission die vorliegenden Vorstösse, ein Postulat und eine Motion, verabschiedet. Mit dem Postulat 12.3006 beauftragt die SiK den Bundesrat, innert sechs Monaten in einem Bericht fünf Fragen zu beantworten:

1. Wie kann der sicherheitsrelevante Informationsfluss zwischen den Strafverfolgungsbehörden und der Armee in Echtzeit sichergestellt werden?

2. Wie kann der notwendige Datenaustausch umgesetzt werden?

3. Reichen die bisherigen gesetzlichen Grundlagen aus?

4. Wie schnell kann die Verlinkung der kantonalen Datenbanken erfolgen?

5. In welcher Form kann eine Zusatzstrafe – ein Waffenverbot – ins Strafrecht eingefügt werden?

Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 14 zu 11 Stimmen die Annahme des Postulates.

Mit der Kommissionsmotion 12.3007 fordert die SiK den Zugang der Armee zu Informationen über hängige Strafverfahren. Ziel dieser Motion ist es, den Missbrauch von Waffen zu verhindern. Die Kommission ist sich bewusst, dass es Strafverfahren gibt, die in diesem Zusammenhang nicht relevant sind. Der Bundesrat geht schweizweit von durchschnittlich 200 Eingängen pro Tag aus, die es durch die Armee zu prüfen gebe. Für die Mehrheit der Kommission ist dieser Mehraufwand sowohl in personeller wie in finanzieller Hinsicht vertretbar. Für die Mehrheit der Kommission ist es sinnvoll investiertes Geld, weil damit die frühzeitige und automatische Information der Armee über hängige Strafverfahren sichergestellt ist.

Die Motion hat nicht zum Ziel, dass bei jedem hängigen Strafverfahren die Armeeewaffe eingezogen werden soll. Die Armee soll jedoch in Kenntnis gesetzt werden, wenn ein hängiges Strafverfahren vorliegt. Hängige Verfahren können sich bekanntlich über Monate hinziehen. Heute fehlt in dieser langen Zeitspanne eine Rechtsgrundlage, um die Waffe einzuziehen. Das müsste auch im Interesse der Armee sein.

Die Kommission beantragt Ihnen deshalb mit 12 zu 12 Stimmen mit Stichtentscheid der Präsidentin die Annahme der Kommissionsmotion. Eine Minderheit beantragt die Ablehnung der Motion, weil sie der Ansicht ist, dass der Aufwand in personeller und finanzieller Hinsicht zu gross und unverhältnismässig sei und damit die Verantwortung für oder gegen den Einzug der Armeeewaffe alleine bei der Armee liege. Der Schutz vor Waffenmissbrauch hat auch unsere Schwesterkommission im Ständerat beschäftigt. Die SiK-SR verlangt mit der Motion 11.4047, «Stärkerer Schutz vor Waffenmissbrauch», unter anderem Massnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den militärischen, zivilen und gerichtlichen Behörden auf den Ebenen Bund und Kantone.

Barthassat Luc (CE, GE), pour la commission: La teneur du postulat 12.3006 «Lutter contre l'utilisation abusive des armes» de la Commission de la politique de sécurité est la suivante:

«Le Conseil fédéral est chargé de présenter au Parlement, dans un délai de six mois, un rapport dans lequel il montrera:

1. comment le flux d'informations pertinentes pour la sécurité publique peut être garanti en temps réel entre les autorités de poursuite pénale et l'armée;

2. comment l'échange d'informations nécessaire peut être effectué;

3. dans quelle mesure les bases légales actuelles sont suffisantes;

4. dans quel délai les banques de données cantonales peuvent être mises en réseau;

5. dans quelle mesure il est possible de prévoir une peine supplémentaire – interdiction de détenir une arme – dans le Code pénal.»

Ce postulat a pour but d'analyser en profondeur les lacunes actuelles en matière de protection de la population contre l'utilisation abusive des armes à feu. Il s'agit notamment d'améliorer la coordination des procédures en matière de confiscation d'armes à feu d'individus jugés dangereux. Je tiens à préciser que ce rapport concernera les armes privées aussi bien que les armes militaires. Il se concentrera en revanche plus particulièrement sur la problématique des compétences de confiscation des autorités militaires et civiles.

Enfin, j'aimerais souligner que ce postulat ne vise pas l'introduction d'un registre fédéral des armes mais a pour but l'amélioration de la coordination des registres cantonaux.

La majorité de la commission – comme cela a été dit – ainsi que le Conseil fédéral vous proposent d'accepter ce postulat qui est un pas nécessaire pour améliorer les défaillances du système actuel et donc pour sauver des vies.

Concernant la motion 12.3007 «Garantir à l'armée un accès aux informations qui concernent les procédures pénales en cours», elle a pour but et pour objectif d'empêcher dans la mesure du possible l'usage abusif des armes militaires, thème qui a fait encore récemment la une de nos journaux et de l'actualité. Son idée est que l'armée soit informée suffisamment tôt et automatiquement des procédures pénales en cours. Il s'agit donc d'assurer une transmission efficace des données pénales de personnes en possession d'une arme de service aux autorités militaires. La situation actuelle est insatisfaisante. En effet, les procédures pénales peuvent prendre plusieurs mois avant une condamnation et l'annonce de celle-ci à l'administration militaire. Pendant ce délai, les autorités ignorant les dangers potentiels que peut représenter une personne prévenue sont souvent condamnées à ne réagir que trop tard. Il faut préciser qu'il ne s'agit pas de créer un Etat dans l'Etat: l'armée, en décidant de confisquer à titre préventif une arme, ne préjugera en aucun cas la culpabilité de la personne suspectée.

Enfin, la minorité de la commission craint une surcharge de travail des autorités militaires. La majorité rejette ce point de vue et considère qu'un travail d'analyse plus conséquent des dangers potentiels est nécessaire pour éviter des drames. La poursuite de la tradition de responsabilisation des citoyens par l'armée de milice est à ce prix.

Müller Walter (RL, SG): Im Namen einer starken Minderheit beantrage ich Ihnen, diese Motion abzulehnen. Sie haben es von den Kommissionsprechern gehört: Die Motion wurde mit Stichtentscheid der Präsidentin angenommen. Die Motion verlangt, dass die Armee frühzeitig automatisch über hängige Strafverfahren informiert wird. Das bedeutet konkret, dass bei Eröffnung eines Strafverfahrens immer, auch wenn absolut keine Relevanz zu Waffenmissbrauch besteht, informiert werden müsste. In Zahlen bedeutet das eine halbe Million Fälle pro Jahr.

Es wären dann von der Armee parallel zum ordentlichen Strafverfahren pro Tag Tausende von Fällen zu überprüfen, und es wäre sozusagen ein paralleles Verfahren einzuleiten. Damit die Armee das in Bezug auf eine mögliche Gefährdung durch Waffengewalt seriös machen könnte, müsste sie, bevor es zu einer eigentlichen Anklage käme, umfassenden Einblick in die Akten haben. Abgesehen von einem rein mengenmässigen Problem – die Armee könnte wohl kaum Tausende von Fällen täglich prüfen – stellen sich hier Fragen der Rechtsstaatlichkeit. Wenn wir von einem möglichen Waffenmissbrauch im umfassenden und konkreten Sinn sprechen, dann darf es nicht nur um Armeewaffen gehen, welche lediglich 10 Prozent der Waffen ausmachen.

Die Minderheit ist der Meinung, dass die kantonalen Strafverfolgungsbehörden in der Verantwortung stehen. Sie haben einen umfassenden Einblick in das Verfahren und können im kantonalen Waffenregister und im Rahmen der Amtshilfe beim Kreiskommandanten alle Daten über den Waffenbesitz einer beschuldigten Person einsehen. Aufgrund dieser Daten und des möglichen Gefährdungspotenzials können die Strafverfolgungsbehörden direkt einen vorläufigen Waffeneinzug anordnen und die Militärverwaltung informieren.

In der Anhörung in der Kommission wurde uns von kantonalen Behörden versichert, dass das Verfahren sehr gut funktioniert. Setzen wir also am richtigen Ort die richtigen Prioritäten. Nicht ein quasi paralleles Verfahren durch die Armee hilft, Waffengewalt zu verhindern, sondern die Strafverfolgungsbehörden in die Pflicht zu nehmen und den Informationsfluss sicherzustellen. Das machen wir auch mit dem Postulat.

Ich danke Ihnen, wenn Sie die Motion ablehnen und hier Rechtsstaatlichkeit und Verfahrensgerechtigkeit sicherstellen.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Es stehen hier jetzt ein Postulat und eine Motion Ihrer Sicherheitspolitischen Kommission zur Diskussion. Das Postulat ist ja nicht bestritten, und auch der Bundesrat unterstützt den Auftrag des Postulates, wonach er einen Bericht erstellen soll. Es sind in diesem Postulat verschiedene Prüfungsaufträge formuliert, und es werden dem Bundesrat sechs Monate Zeit gegeben, um diesen Bericht zu erstellen. Die Angelegenheit ist dringend, ich habe Verständnis für diese Dringlichkeit. Denn jedes Mal, wenn etwas passiert, fragt man: Hätte man das nicht verhindern können? Deshalb ist es richtig, dass wir diese Fragen jetzt rasch und gründlich abklären.

Weil das Postulat und die Motion inhaltlich miteinander verwandt sind, hat Ihre Sicherheitspolitische Kommission vorgeschlagen, dass ich den Bundesrat auch bei der Motion vertrete. Das tue ich hiermit und äussere mich jetzt noch zur Motion. Aber noch einmal: Der Bundesrat unterstützt das Postulat Ihrer Kommission.

Die Frage ist nun, ob es Sinn macht, dass man jetzt einen Punkt aus diesem Postulat herausgreift und bereits erste Entscheide dazu fällt. Es geht ja um die Massnahme, dass die Armee frühzeitig über laufende Strafverfahren informiert wird. Auch dieser Punkt soll gemäss Postulat jetzt geprüft werden. Es ist aus Sicht des Bundesrates fast ein bisschen ein Widerspruch, wenn man hier jetzt bereits legiferieren will und dem Bundesrat gleichzeitig zum selben Anliegen, zur selben Frage einen Prüfungsauftrag gibt. Aber noch einmal, auch hier: Das Anliegen, dass die Armee über hängige Strafverfahren frühzeitig informiert wird, ist verständlich und gerechtfertigt.

Es stellt sich aber eben die Frage, ob eine automatische Übermittlung von Informationen zu allen hängigen Strafverfahren, wie es die Motion verlangt, dann auch wirklich sinnvoll und effektiv ist. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass in der Schweiz jährlich rund eine halbe Million Straftaten registriert werden. Das heisst: Bei einer automatischen Information der Armee über alle hängigen Strafverfahren hätte das zur Folge, dass die Militärverwaltung pro Arbeitstag rund 2500 Fälle bearbeiten müsste. Heute bearbeitet sie täglich etwa 200 Meldungen.

Wichtiger als dieser zusätzliche Aufwand, den das verursachen würde, ist dem Bundesrat aber noch Folgendes: In vielen Fällen verfügen die Staatsanwaltschaften im Laufe des Verfahrens die Nichtanhandnahme oder die Einstellung des Verfahrens, oder das Verfahren endet mit einem Freispruch. In diesen Fällen wäre eine automatische Übermittlung der Information aus Sicht des Bundesrates unverhältnismässig, da bei diesem Ausgang des Strafverfahrens regelmässig kein Hinweis auf eine Gefährdungssituation erkannt werden dürfte. Die Militärverwaltung muss demzufolge in diesen Fällen dann nicht über das Strafverfahren orientiert werden. Zudem wäre es im Sinne der Persönlichkeitsrechte und des Datenschutzes unter Umständen auch fragwürdig, wenn Informationen zu Personen, bei denen sich strafrechtliche Vorwürfe als unberechtigt erweisen, automatisch durch die Militärbehörden noch einmal bearbeitet würden. Es stellen sich also in diesem Zusammenhang weitere Fragen; genau deshalb möchten wir das gerne zuerst prüfen.

Die zuständigen kantonalen Strafverfolgungsbehörden haben ja umfassende Kenntnisse vom Sachverhalt. Wird aus dem kantonalen Waffenregister für die Polizei ersichtlich, dass eine beschuldigte Person eine Waffe besitzt, kann sie gegebenenfalls alle Waffen, also auch die militärischen Waffen, beschlagnahmen lassen und die Militärverwaltung dann darüber informieren. Unter Umständen ist ein solches Vorgehen auch effizienter.

Noch einmal: Deshalb wollen wir das im Rahmen Ihres Prüfungsauftrages, den Sie uns mit dem Postulat gegeben haben, anschauen. Der Bundesrat ist im Rahmen der Bearbeitung des Postulates Ihrer Kommission gerne bereit, auch das Anliegen der vorliegenden Motion vertieft zu prüfen.

Deshalb möchte ich Ihnen namens des Bundesrates beantragen, heute das Postulat anzunehmen, die Motion im heutigen Zeitpunkt aber abzulehnen.

12.3006

Angenommen – Adopté

12.3007

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 12.3006/6891)

Für Annahme der Motion ... 91 Stimmen

Dagegen ... 63 Stimmen

07.459

Parlamentarische Initiative Fasel Hugo. Obligatorische Weiterbildung Initiative parlementaire Fasel Hugo. Formation continue obligatoire

Vorprüfung – Examen préalable

Einreichungsdatum 22.06.07

Date de dépôt 22.06.07

Bericht WBK-NR 18.11.11

Rapport CSEC-CN 18.11.11

Nationalrat/Conseil national 28.02.12 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Aubert, Galladé, Gilli, Jositsch, Maire, Neiryndck, Prelicz-Huber, Steiert)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Aubert, Galladé, Gilli, Jositsch, Maire, Neiryndck, Prelicz-Huber, Steiert)

Donner suite à l'initiative

Aubert Josiane (S, VD): L'initiative Fasel demande trois jours de formation continue par année accordée par tout employeur à ses employés; c'est un élément important pour favoriser une meilleure adaptation des travailleurs et travailleuses aux évolutions constantes de leur profession au cours de la vie active.

Actuellement, les personnes qui suivent régulièrement une formation continue sont à 75 pour cent celles qui bénéficient déjà d'une excellente formation au niveau tertiaire.

Par contre, les personnes les moins bien formées, de nombreuses femmes, celles qui ne possèdent pas de formation professionnelle ou qui ont des lacunes dans les compétences de base, toutes ces personnes sont maintenues éloignées de la formation continue par différentes barrières pratiques et financières. Ce sont elles qui en ont pourtant un urgent besoin, pour ne pas se trouver laissées pour compte et dépassées par les mutations technologiques à un moment ou l'autre de leur parcours professionnel.

Une des meilleures méthodes, pour remettre ces personnes dans le circuit de la formation tout au long de leur vie et éviter qu'elles se retrouvent au chômage ou à l'aide sociale, est de rendre obligatoire ces trois jours de formation continue. Une telle mesure est à coup sûr bénéfique sous trois aspects:

– pour la personne elle-même qui garde confiance en elle et continue à développer ses compétences;

– pour les employeurs qui s'assurent ainsi durablement un personnel à haute compétence et préparent au fur et à mesure les évolutions économiques et technologiques auxquelles ils devront faire face;

– pour l'ensemble de la société, car les assurances sociales seraient moins souvent sollicitées par des personnes qui sont actuellement exclues du marché du travail lorsqu'elles approchent de la retraite, faute d'avoir pu s'adapter progressivement.

Malheureusement, le projet de loi sur la formation continue mis en consultation jusqu'à mi-avril 2012 par le Conseil fédéral n'intègre pas une telle mesure. Il est donc important de donner suite à cette initiative et de transmettre ainsi un signal positif pour une égalité des chances dans la formation continue.

Au nom de la minorité de la commission, je vous demande donc de donner suite à cette initiative parlementaire Fasel.

Fiala Doris (RL, ZH), pour la commission: C'est avec plaisir que je défends la position de la majorité de la commission en français.

A l'issue de l'audition menée en novembre 2007, la commission a décidé de suspendre l'examen de l'initiative en attendant de prendre connaissance du projet de loi sur la formation continue, ce qu'elle a pu faire avant que le Conseil fédéral n'envoie ce projet en consultation le 9 novembre 2011. Elle a pu constater que le texte de la future loi portait sur la formation non formelle, c'est-à-dire sur les offres de formation ne relevant pas du service public.

Les membres de la commission s'accordent à penser qu'une formation initiale est, de nos jours, insuffisante pour satisfaire aux exigences professionnelles qui se présentent durant toute une vie active. Il est donc pour eux incontestable que la formation continue doit faire partie intégrante du parcours professionnel, que ce soit dans les secteurs de la haute technologie ou dans des secteurs d'activité plus traditionnels, car les employeurs demandent une main-d'œuvre toujours plus qualifiée. Actuellement, seule une mise à jour et un développement continu des compétences et des connaissances professionnelles permettent de garder une certaine compétitivité dans le monde du travail. La majorité de la commission est toutefois d'avis qu'il revient aux entreprises et aux partenaires sociaux d'établir des règles concernant la formation de leurs collaborateurs: c'est pourquoi elle renonce à inscrire dans la loi la disposition contraignante souhaitée par l'auteur de l'initiative.

En revanche, une minorité de la commission – vous l'avez entendu tout à l'heure – soutient l'objectif de l'initiative, considérant, comme son auteur, que le droit à une formation continue devrait être inscrit dans la loi dans le cadre d'une disposition contraignante. Le projet de loi actuel ne prévoyant pas de disposition dans ce sens, la minorité de la commission propose à son conseil de donner suite à l'initiative.

Cette initiative parlementaire demande l'élaboration d'une loi disposant que tout employeur doit accorder à ses employés au moins trois jours par an pour qu'ils puissent pourvoir à leur formation continue sur le plan professionnel. Les frais en la matière seront assumés par l'employeur.

Par 14 voix contre 8, la commission propose de ne pas donner suite à l'initiative. Les raisons de ce rejet sont les suivantes.

Pour les titulaires d'un diplôme post-obligatoire, par exemple un certificat d'apprentissage, il existe déjà suffisamment d'incitations à suivre une formation continue ciblée. D'une manière générale, des réglementations ou des mesures de soutien étatiques ne sont donc pas nécessaires. La responsabilité directe des intéressés, c'est-à-dire les employeurs et les travailleurs, se traduit le plus souvent par des investissements ciblés dans la formation continue qui créent de la valeur ajoutée pour l'entreprise comme pour le marché du travail. En termes d'utilité sociale, un tel soutien des pouvoirs publics pourrait se justifier uniquement pour la catégorie